

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell plant der Bund eine Novellierung des Standortauswahlgesetzes, das das mehrstufige Verfahren für die Suche nach einem Endlager für langlebige wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle regelt. Neben einigen Optimierungen im Auswahlverfahren steht dabei vor allem die Beschleunigung des gesamten Verfahrens im Fokus. Das begrüßen wir sehr – besonders im Hinblick auf die Zwischenlagerthematik und deren notwendige Überführung in ein Atomendlager.

Nach den vorliegenden Informationen besteht die Beschleunigung des Verfahrens jedoch im Wesentlichen darin, dass die Phase III – also die Erkundung mittels Bergwerks – optional gestellt wird. Falls dies nicht möglich sein wird, ist mit keiner entscheidenden Verfahrensbeschleunigung zu rechnen. Daher sind aus unserer Sicht dringend weitere beschleunigende Maßnahmen bei der StandAG-Novelle zu verankern. Außerdem fordern wir einen zwingenden und frühzeitigen wirtsgesteinsübergreifenden Vergleich und damit eine schnelle Fokussierung auf nur noch zwei aussichtsreiche Wirtsgesteinsformationen für ein Atomendlager. Dies entspricht der bayerischen Haltung zur Ablehnung des Behälterkonzepts. Ferner halten wir eine Beschränkung der Anzahl der Standortregionen am Ende von Phase I für sinnvoll. Dies sind auch Empfehlungen, die die Entsorgungskommission des Bundes bereits Ende 2024 formuliert hatte. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass nach aktuellen gesetzlichen Vorgaben Gebietskörperschaften in den Regionalkonferenzen mitwirken müssen. Das kann für diese zu erheblichen Belastungen führen. Daher sollten unbedingt Regelungen zu finanziellen Ausgleichsmaßnahmen für betroffene Gebietskörperschaften in die Novelle des StandAG mit aufgenommen werden.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl MdL



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:
REGIONALISIERUNG
DES VERBANDS-
KLAGERECHTS

SEITE 3:
ZUM TAG DES
EHRENAMTS

SEITE 4:
UNSERE WOCHE AUF
SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Unser Antrag: Verbandsklagerecht regionalisieren!

Wir als Fraktion stehen für eine vielfältige und lebendige Bürgerbeteiligung sowie einen offenen Austausch mit allen Umweltverbänden. Verbände und Vereine haben seit jeher in unserer parlamentarischen Arbeit im Bayerischen Landtag zahlreiche Möglichkeiten, ihre Interessen und Anliegen einzubringen – zumal wir sehr wertschätzend mit dieser Expertise umgehen. Es darf jedoch nicht sein, dass durch das Verbandsklagerecht gesellschaftlich und wirtschaftlich wichtige Prozesse wie die Energiewende um Jahre zurückgeworfen werden. Wir sind deshalb überzeugt: Es braucht dringend eine Überarbeitung des Verbandsklagerechts für Umweltvereinigungen.

Zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung werden wir uns auf Ebene des Bundes und der EU für eine Anpassung der Aarhus-Konvention einsetzen. Kernforderung ist die Einführung des Prinzips der örtlichen Betroffenheit für das Klagerecht anerkannter Umweltvereinigungen, denn die aktuelle Ausgestaltung des Verbandsklagerechts führt zunehmend zu Problemen.

So klagen Umweltverbände aus weit entfernten Regionen gegen Entscheidungen lokaler Behörden, oft ohne ausreichende Kenntnis der regionalen Gegebenheiten. Dies untergräbt das Vertrauen der Bürger in unser Rechtssystem und erschwert sachgerechte Entscheidungen. Für eine handlungsfähige Politik brauchen wir deshalb eine klare räumliche Beschränkung im Klagerecht, um sicherzustellen, dass tatsächlich diejenigen im Fokus stehen, die von umweltrelevanten Vorhaben direkt betroffen sind.

Konkret fordern wir daher eine Änderung der Aarhus-Konvention und der EU-UVP-Richtlinie (Umweltverträglichkeitsprüfung), um die Einführung der örtlichen Betroffenheit als zwingende Voraussetzung für ein Klagerecht zu etablieren. Dies soll sicherstellen, dass das Verbandsklagerecht seine ursprüngliche Intention – die effektive Kontrolle umweltrelevanter Planungen und Vorhaben – erfüllt, ohne das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben vor Ort unnötig zu belasten.

Mehr [HIER](#).

Zum Tag des Ehrenamts: Höhere Pauschalen ab 2026 sind wichtiges Signal der Wertschätzung

Pünktlich zum Internationalen Tag des Ehrenamts am 5. Dezember gibt es gute Nachrichten für die rund fünf Millionen ehrenamtlich Engagierten im Freistaat: Im Fokus stehen dabei höhere Finanzpauschalen, ein erweiterter Haftungsschutz sowie spürbare Erleichterungen im Bau- und Steuerrecht. Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion begrüßen diese vom Bund angekündigten Verbesserungen im „Zukunftspakt Ehrenamt“ ausdrücklich. Mit den Ankündigungen sehen wir langjährige bayerische Forderungen als erfüllt an.

In jedem Fall ist es gut, dass die Bundesregierung endlich auf die Bedürfnisse der Menschen im Ehrenamt reagiert. Dass die Ehrenamtspauschale künftig von 840 auf 960 Euro und die Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro steigen sollen, ist ein längst überfälliges Zeichen der Wertschätzung. Auch die Vereinheitlichung der Haftungsprivilegierung auf die neue Grenze von 3.300 Euro ist ein wichtiger Schritt zur Absicherung. Die Änderungen sollen zum 1. Januar 2026 wirksam werden.



Außerdem sollen Erleichterungen durch das Steueränderungsgesetz des Bundes greifen: So wird die Freigrenze für Einnahmen aus dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb – etwa bei Vereinsfesten – auf 50.000 Euro angehoben. Für kleinere Vereine mit Einnahmen bis 100.000 Euro soll die strikte Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung entfallen. Geld ist wichtig; was es allerdings weiterhin braucht, ist Tempo insbesondere beim Bürokratieabbau. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion kämpfen deshalb weiter dafür, dass Vereine und Engagierte in Bayern für ihre wertvolle Arbeit den nötigen Freiraum erhalten.

UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA

Klares Votum für ein Yad-Vashem-Bildungszentrum in Bayern

Diese Woche hat sich der Bildungsausschuss mehrheitlich für Bayern als Standort für das geplante Yad-Vashem-Bildungszentrum in Deutschland ausgesprochen. Vorausgegangen war ein Gemeinschaftsantrag aller demokratischen Fraktionen, in dem wir uns für die Stärkung der Erinnerungskultur und gegen Antisemitismus eingesetzt hatten.

Hintergrund ist, dass die Internationale Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem nach einer bundesweiten Machbarkeitsstudie drei potenzielle Standorte für die Errichtung eines Holocaust-Bildungszentrums in Deutschland ausgewählt hat. Die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen wurden von Yad Vashem als mögliche Orte für das erste Bildungszentrum außerhalb Israels benannt.

Wie begrüßen es ausdrücklich, dass das israelische Yad Vashem seine Erfahrung als Forschungs- und Bildungseinrichtung erstmals in einem Bildungszentrum außerhalb Israels einsetzen will. Denn im Jahr 2025 wissen rund 40 Prozent aller Deutschen nicht, dass sechs Millionen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden. Es ist aber unser aller Pflicht, die Erinnerung an die Schrecken des NS-Regimes wach zu halten, damit sich solche Gräueltaten nie wiederholen. [HIER](#) geht's zum Post. Warum Bayern der geeignetste Ort für das Bildungszentrum wäre, erklärt unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in [#StreiblsStandpunkt](#). [HIER](#) geht's zum Reel.



#MeldungDerWoche: Landtag macht Druck auf Sozialministerin

Missbrauchsoffer besser schützen – das ist das Ziel eines Antrags, den wir zusammen mit den demokratischen Fraktionen in den Landtag eingebracht haben. Wir kämpfen weiter für zielgerichtete Hilfsstrukturen, die Menschen auffangen und ihnen schnell und unbürokratisch die Unterstützung zukommen lassen, die sie benötigen. Zum Reel mit dem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl geht's [HIER](#).



Unser Modernisierungsturbo für den öffentlichen Dienst

Wir stehen an der Seite unserer Beamtinnen und Beamten und den Angestellten im öffentlichen Dienst, denn sie sorgen für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse. Allerdings steht der öffentliche Dienst aktuell vor großen Herausforderungen: Tausende Stellen in den Behörden und Verwaltungen werden aufgrund des demographischen Wandels nicht nachbesetzt werden können. Gleichzeitig machen immer neue Verwaltungsaufgaben und -vorschriften eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst unattraktiv.

Um das Berufsbeamtentum und den öffentlichen Dienst zukunftsfest aufzustellen, haben wir eine Fünf-Punkte-Agenda für eine moderne Verwaltung verabschiedet – wie die aussieht, erklärt der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes Dr. Martin Brunnhuber – [HIER](#) geht's zum Reel.

#ReelDerWoche: Ein Endlager für Atommüll in Bayern?

Am 3. November 2025 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen neuen Arbeitsstand auf der Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle veröffentlicht. Über eine interaktive Kartenanwendung kann die Öffentlichkeit genaue Informationen dazu abrufen, ob ein Gebiet nach Einschätzung der BGE dafür in Frage kommt oder nicht.

Was unser Landtagsabgeordneter Martin Behringer, baupolitischer Sprecher, davon hält, gibt's zum Nachschauen im Reel – und zwar [HIER](#).



#Bürokratieabbau: Mut zur Entbürokratisierung!

Die ersten beiden bayerischen Modernisierungsgesetze haben mit einer Vielzahl an Deregulierungen bereits zum Jahresbeginn 2025 für spürbare Entlastungen gesorgt. Das Dritte Modernisierungsgesetz Bayern mit zahlreichen weiteren Erleichterungen wird derzeit im Landtag behandelt.

Mit dem Vierten Modernisierungsgesetz Bayern wird diese Modernisierungskette nun nahtlos fortgesetzt. Ziel bleibt, wie auch bei den Vorgängern, das bayerische Landesrecht Stück für Stück auf Möglichkeiten der Deregulierung und Entbürokratisierung zu überprüfen und bürokratische Lasten und Hindernisse abzubauen.

Was im Landtag im Rahmen einer Expertenanhörung dazu diskutiert worden ist, fasst der stellvertretende Vorsitzende in der Enquetekommission „Bürokratieabbau“ Markus Saller zusammen. [HIER](#) geht's zum Reel.

Lust auf mehr? Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/fwlandtag>



<https://www.instagram.com/fwlandtag/>



<https://www.youtube.com/@fwlandtag>



<https://www.threads.net/fwlandtag>



<https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287
E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de